



Die progressive Revolution frisst ihre Kinder

Es ist noch nicht lange her, da war die Redefreiheit ein progressives Projekt, während Konservative an Universitäten Sprechverbote verhängten. Wie es zu einem verhängnisvollen Rollentausch gekommen ist. **Von Caspar Hirschi**

Das gebildete Reinigungspersonal, das die heutige Sprache vom Schmutz der europäischen Vergangenheit säubern will, steht selber knietief in ihr. Seit dem 17. Jahrhundert träumen Gelehrte in Europa davon, mittels Entfernung anstössiger und Erfindung erbaulicher Wörter eine moralisch makellose Sprache zu schaffen.

Eine politische Dimension gewann die Sprachreinigung in dem Moment, als die Redefreiheit in Stein gemeisselt wurde. Das geschah 1789 mit der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte durch die französische Nationalversammlung. Nur ein Jahr später stellte der «Mercure national» die Forderung auf, die französische Sprache von den Spuren «der Knechtschaft und Unterwerfung» aus dem «feudalen Zeitalter» zu befreien. Gemeint waren das Siezen sowie die Anreden «Monsieur» und «Madame». Beides verstosse, so die Zeitung, gegen die revolutionären Werte der Gleichheit und Brüderlichkeit und sei durch konsequentes Duzen und die Anredeformen «Citoyen» und «Citoyenne» zu ersetzen.

Sichel der Gleichheit

Der Vorschlag sorgte für Furore. Radikale Köpfe erkannten eine Gelegenheit, sich als Gleichmacher sprachlich in Szene zu setzen. Sie taufte den König in «Citoyen Capet» um, bevor sie ihn zur Guillotine geleiteten, und wechselten ganze Verse in Molières «Misanthropie» aus. Jene Revolutionäre, die sich dem Sprachdiktat verweigerten, bekamen als Nächste die Sichel der Gleichheit zu spüren. Gebildeten Heuchlern dagegen fiel das Umstellen auf egalitäre Lippenbekenntnisse leicht. Mehr Mühe hatten ungebildete Anhänger der Jakobiner. Noch um 1800 prangte auf der Hausmeisterloge in einem Pariser Wohngebäude der Satz: «Hier ehren wir uns mit dem Titel des Citoyen und duzen uns. Mach die Tür zu, seien Sie so gut!»

Die Reinigung der Sprache ist in der Moderne das dialektische Gegenstück zur

Ausweitung der Redefreiheit. Oft sind es die gleichen Kräfte, die erst den einen, dann den anderen Prozess vorantreiben. Viele unter den jakobinischen Sprachpuristen hatten vor der Revolution an den Grundfesten der Zensur gerüttelt und den Bereich des Sagbaren mit klandestinen Schriften ausgeweitet. Kaum an der Macht, engten sie ihn stärker ein, als es der König je getan hatte. Die Rechtfertigung dafür war der Kampf gegen die monarchische Reaktion. Nur hatten sich deren Anführer längst ins Ausland abgesetzt. Der eigentliche Zweck war die Verdrängung der gemässigten Revolutionäre, die im Zwang zum Duzen keinen Beitrag zur Gleichheit, sondern einen Schlag gegen die Freiheit sahen.

Die heutigen Verfechter einer diskriminierungsfreien Sprache arbeiten sich mit ähnlicher Inbrunst an Anredeformen ab wie ihre Ahnen in Paris, hantieren aber mit subtileren Waffen. Wer sie zu spüren bekommt, ist womöglich seine Stelle, nicht aber seinen Kopf los. Interessant jedoch ist, dass die Sprachreinigung der Gegenwart ebenfalls das Ergebnis einer Entwicklung darstellt, die im Namen der Redefreiheit begonnen hat. Der progressive Fundamentaltrend der vergangenen Jahrzehnte, der uns allen neue Freiheiten beschert und unterdrückten Minderheiten eine starke Stimme gegeben hat, ging massgeblich von amerikanischen Protestbewegungen aus, die in den 1960er Jahren für die Redefreiheit kämpften, um ihrer Kritik an den damaligen Zuständen Gehör und Gewicht zu verschaffen. Das gilt ebenso für das «Civil Rights Movement» der schwarzen Bevölkerung in den ehemaligen Südstaaten wie für das «Free Speech Movement» der studentischen Aktivisten an der Universität Berkeley.

Das «Free Speech Movement» ist aus heutiger Sicht besonders aufschlussreich. Man protestierte gegen die Redeverbote, welche die Universitätsleitung über progressive Anführer wie Malcolm X verhängt hatte, und kämpfte für das Recht auf öffentliche

Kritik, sei es am Vietnamkrieg oder an der Diskriminierung von Afroamerikanern. Prominentester Kontrahent der Studenten war ein ehemaliger Schauspieler und angehender Politiker, Ronald Reagan. Er schlachtete den medialen Hype um die Campusunruhen propagandistisch aus, um sich auf den kalifornischen Gouverneurssitz zu hieven. Mit dem FBI im Rücken, das gegen «unamerikanische» Umtriebe an Universitäten ermittelte, behauptete Reagan, man dürfe dissidenten Minderheiten nicht «das Prestige unserer Universitätsgelände für die Präsentation ihrer Ansichten verleihen», denn das Recht auf Redefreiheit verlange nicht, «ein Podium für den Redner einzurichten».

Folgen der 68er Bewegung

Das «Free Speech Movement» war ein Vorläufer der 68er Bewegung, die progressives Gedankengut bis in die Führungsspitzen amerikanischer Universitäten trug. Schon Mitte der 1970er Jahre aber bahnte sich, wie die Historikerin Jill Lepore in ihrem eindrücklichen Buch «Diese Wahrheiten» aufzeigt, eine folgenreiche Wende an: «Die Linke fing an, wie die Rechte zu klingen.» Was war geschehen? Laut Lepore kündeten progressive Kräfte in dem Moment, als sie die universitäre Diskurshegemonie erlangt hatten, ihre Verpflichtung zur offenen Debatte auf und gründeten «No Platform Movements» gegen Redner mit «rassistischen oder faschistischen Ansichten». Damit, so Lepore, wurde «das Unterdrücken von Hassreden, das eine Generation zuvor das Projekt von FBI-Agenten auf der Jagd nach Bürger-

Wer eine Universität besuchte, hatte das Zeug zum guten Menschen. Das Streben nach Gleichheit erzeugte neue Ungleichheiten.

rechtlern gewesen war, zum Werk der Universität».

Der Begriff der Hassrede wurde nach 1990 so stark ausgeweitet, dass er jede Konfrontation mit unwillkommenen Ideen oder «traumatisierenden» Worten einschliessen konnte. Auf die universitäre Absage an die Redefreiheit folgte eine neue Welle der Sprachreinigung, diesmal jedoch nicht im Namen von Gleichheit und Brüderlichkeit, sondern von Gleichheit und Vielfalt. Ethnische und sexuelle Minderheiten erhielten gerechtere Namen, alte Anreden wurden abgeschafft, neue erfunden. Weil sich das Empfinden für sprachliche Gerechtigkeit aber konstant änderte, musste das Vokabular laufend angepasst werden. Die Anforderungen an diskriminierungsfreies Sprechen erreichten einen Komplexitätsgrad, der akademische Bildung zur Vorbedingung für Moralfähigkeit machte. Wer eine Universität besuchte, hatte das Zeug zum guten Menschen. Das Streben nach Gleichheit erzeugte neue Ungleichheiten.

Extreme gewinnen, der Rest verliert

Derweil vollzogen Konservative ihrerseits den Rollentausch und besetzten die verwaiste Position als Verteidiger der Redefreiheit. Einen entscheidenden Part spielte erneut Ronald Reagan, nun aber als amerikanischer Präsident. 1987 schaffte seine Regierung unter Berufung auf das «First Amendment», das die Redefreiheit garantiert, die «Fairness Doctrine» ab. Diese hatte Radio- und Fernsehstationen seit 1949 dazu verpflichtet, die verschiedenen Standpunkte einer Debatte ausgewogen darzustellen. Von der Abschaffung profitierten vor allem reaktionäre Rechte wie Rush Limbaugh, die sich mit Hasstiraden und Verschwörungstheorien auf alles «Liberalen» einschossen, zuerst im Radio, dann im Fernsehen, schliesslich im Internet. Sie fanden ein rasch wachsendes Publikum. Chancenlos im Wettbewerb um diskriminierungsfreies Sprechen, fand es umso mehr Gefallen an den Ausfalligkeiten reaktionärer Gegenmoralisten.

Inzwischen wird jeder Versuch von links, den Bereich des Sagbaren mit moralischer Entrüstung einzuhegen, von rechts mit noch gröberen Entgleisungen quittiert. Da die linke Sanktionsgewalt aber – wie sich an Donald Trump zeigt – nicht bis ins rechte Lager reicht, frisst die progressive Revolution ihre Kinder. Die Liste an linken Denkern, die ihre Posten räumen mussten, weil sie ein falsches Wort gesagt oder falschen Personen das Wort gegeben hatten, wird Monat für Monat länger. Wer die offene Debatte im gegenseitigen Respekt, ohne die eine Demokratie nicht überleben kann, verteidigt, riskiert das berufliche Überleben. Die Extreme gewinnen, der Rest verliert.

Schon gar nicht hilft die sprachmoralische Sanktionsgewalt den Diskriminierten, in deren Namen sie ihre Strafen verhängt. Um die strukturellen und kulturellen Ursachen von Benachteiligungen zu bekämpfen, braucht es eine Betrachtung, die nicht nur Schwarz und Weiss, sondern auch Grautöne erfasst. Genau solche Differenzierungen bleiben heute auf der Strecke.

Der Autor ist Professor für Allgemeine Geschichte an der Universität St. Gallen und Kolumnist dieser Zeitung.